

# Kommentare und Berichte

## Retter oder Liquidatoren

### I

Die Linke wähnt sich im milden Aufwind. Außer in Spanien, Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland regieren in Westeuropa fast nur noch sozialdemokratische Parteien oder von ihnen geführte Koalitionen. Aktuelle Ergebnisse scheinen diesen Trend zu bestätigen. Die Niedersachsenwahl in Deutschland, die Behauptung der sozialliberalen Regierung in den Niederlanden und der knappe, aber deutliche Sieg der vereinten Linken bei den französischen Regionalwahlen: das Pendel scheint zurückzuschwingen und ein der neoliberalen Experimente müder Kontinent die Balance wiederzufinden. Dieses hoffnungsfrohe Bild hat indes mit der Realität so gut wie nichts zu tun. In Wahrheit vollziehen – mit Ausnahme Frankreichs und vielleicht Norwegens – die gewendeten Sozialdemokraten wenig anderes, als das auf seriöse Weise zu vollenden, was der ideologisch auftrumpfende Neoliberalismus der Reagan und Thatcher begonnen, in seinem ideologischen Radikalismus freilich beinahe verspielt hat. Bill Clinton, Tony Blair und in Österreich Viktor Klima stehen für einen Neoliberalismus, der dem Deregulierungsprogramm das verschafft, woran es ihm ob seiner sozialen Härten zusehends mangelte: Massenlegitimation.

Mehr als einhundertdreißig Jahre nach Gründung der SPD verkündet der Kanzlerkandidat der ältesten linken europäischen Partei, daß diese nun mit dem „marktwirtschaftlichsten“ Programm ihrer Geschichte antrete. Daß am gleichen Abend die SPD den bevorstehenden Rücktritt Johannes Raus zugunsten des konservativen, einzig und alleine am wirtschaftlichen Wachstum interessierten Technokraten Wolfgang Clement be-

kannt gab, vollendet ein Bild. Dieser Generationswechsel indiziert zugleich einen Epochenwechsel. Die westeuropäischen Massendemokratien treten in eine weitere Phase der Transformation kapitalistischer Vergesellschaftung – mit ungewissem Ausgang.

### II

War die Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg und die Systemkonkurrenz mit den Wohlfahrtsdespoten des Realen Sozialismus durch hohe Wachstumsraten, annähernde Vollbeschäftigung und mäßige soziale Konflikte gekennzeichnet, so veränderten in den 70er Jahren Rohstoffverteuerung und kulturevolutionäre Konflikte das Bild. Sie widersprachen der im Kern industriegesellschaftlichen, „fordistisch“ genannten Organisation von Arbeit und Wirtschaft, die die keynesianische Politik während ihrer Hochzeit charakterisiert hatte. Dennoch war sie allen Konflikten zum Trotz noch immer in der Lage, sowohl Preisanstiege als auch Arbeitslosigkeit, verglichen mit heute, unter Kontrolle zu halten.

Der Umbruch, der den keynesianischen Ökonomien den Garaus machte, hatte – jedenfalls in Europa – heterogene Ursachen. Neben dem Freiheits- und Konsumwillen der Bevölkerungen Ost- und Mitteleuropas und der ökonomischen Ineffizienz ihrer Wirtschaft sind vor allem zwei Faktoren, früher altmodisch „Produktionsmittel“ genannt, anzuführen: erstens die Halbleiterchips, die die dritte technische Revolution nach Dampfmaschine und Verbrennungsmotor hervorbrachten, nämlich die auf Computern beruhende Informationswirtschaft und mit ihr eine kapitalistische, durch Stagflation und Arbeitslosigkeit geprägte Dienstleistungsökonomie. Und zweitens die Pille. Während die allgegenwärtigen PCs zum massenhaften Verschwinden industrieller Arbeitsplät-

ze führten, ruinierte die in allen Wohlstandsgesellschaften zu beobachtende Abnahme der Bevölkerungszahl die Sozialsysteme. Der gleichzeitige Rückgang von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften, begleitet vom Ende der bedrohlichen Systemkonkurrenz und von der interessengeleiteten Wirtschaftspolitik des Monetarismus und seiner Institutionen wie Zentralbanken, OECD, Weltbank etc., besiegelte so – Ralf Dahrendorf hatte recht – das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters.

### III

Was heute als „sozialdemokratische Linke“ an die Regierungen drängt oder schon regiert, hat mit den alten Parteien dieses Typs nur noch den Namen und ein paar unbelehrbare Mitglieder gemeinsam. Hinter dem Etikett aber verbirgt sich etwas grundlegend neues. Insofern spielen Fernsehcharismatiker wie Blair, Clinton, Schröder und Klima in sozialpolitischer Hinsicht jene Rolle, die Personen wie der Spanier Suarez und Gorbatschow in der Sowjetunion in demokratiethoretischer Hinsicht dankenswerter Weise spielten: Gestalten des alten Systems, die es mit dem Versprechen seiner Erneuerung konsequent liquidierten. Während indes die Nachwelt Männern wie Suarez und Gorbatschow ob ihrer Verdienste um die Freiheit zu Recht Kränze winden wird, sind die Verdienste der – als seine Retter auftretenden – Liquidatoren des alten Sozialstaats äußerst fraglich. Großbritannien und die USA, die man ihrer ganz anderen Traditionen wegen womöglich nur begrenzt heranziehen darf, haben jedenfalls gezeigt, daß eine „Konsolidierung“ der Sozialhaushalte mit wachsender Armut auch in der immer geringer werdenden arbeitenden Bevölkerung einhergehen kann. Sie haben zugleich bewiesen, daß als Ersatz für die zurückgenommenen sozialen Sicherheitsnetze nur noch eine Rhetorik des Bürgersinns bleibt, die um so ohnmächtiger wirkt, je mehr sie auftrumpft. Daß diese Staaten

innenpolitisch – jedenfalls an der Oberfläche – vergleichsweise stabil bleiben, dürfte vor allem ihrem Mehrheitswahlsystem zuzurechnen sein.

### IV

Die politische Zukunft der „sozialdemokratischen“ Transformation in Westeuropa mit Ausnahme Frankreichs wird, zumal in Deutschland, davon abhängen, ob es ihr wie in Italien gelingt, mit den Mitteln von Charisma, medialer Manipulation und linker Rhetorik jene Stabilität des politischen Systems zu erzielen, für die in Großbritannien und den USA das Mehrheitswahlrecht sorgt. Hier sind indes Zweifel angebracht. Das langsam, aber sicher zunehmende Potential der extremen Rechten in Europa – und zwar unabhängig von der ökonomischen Lage, sei es in Dänemark oder in Österreich, in deutschen Ländern und Kommunen oder in Frankreich – schafft Risiken, die noch längst nicht ausgestanden sind. Der europäische Rechtsextremismus, der neben weit zurückreichenden nationalen Traditionen ebenfalls ein Produkt der Pille (Immigration) und des Computers (Abbau auch niedrig bewerteter industrieller Arbeitsplätze) ist, befindet sich im Gleichtakt mit der „Linken“ im Aufwind. Überall dort, wo sogenannte moderne Sozialdemokratien einen Teil der verschreckten neuen Bürgerschichten an sich zu binden vermögen, laufen zugleich jene „Modernisierungsverlierer“ genannten, nicht transformierbaren Schichten aus dem traditionellen Arbeitermilieu zum Rechtsextremismus über. Das ist sogar dort der Fall, wo – wie in Frankreich – die Linke noch ihrer traditionellen Rhetorik sowie einer quasikeynesianischen Politik vertraut und sie in politisches Handeln umzusetzen versucht. Das sozialdemokratische Transformationsprojekt steht damit vor mindestens drei Schwierigkeiten.

*Erstens* ist schon von der Zielperspektive her unklar, ob eine an Solidarität vor allem appellierende, sie staatlich aber nicht mehr garantieren könnende und

deshalb auf „Eigenvorsorge“ setzende „kommunitaristische“ Sozialpolitik, wie sie etwa in der Schweiz praktiziert wird, wünschenswert ist und auf lange Sicht gesellschaftliche Stabilität schaffen kann;

*zweitens* sind aber auch die Konturen der zu diesem Ziel führenden politischen Transformationsperiode nur an der Oberfläche deutlich. Neben der eindeutigen „Amerikanisierung“ der politischen Auseinandersetzung, dem Auffallen telegener, aber charakterloser fünfzigjähriger männlicher Politiker, und mit der Zunahme solcher Arbeitsplätze, die durch den Abbau sozialer Sicherheit erkaufte werden, vernebeln undeutliche Begriffe wie „Individualisierung“ das Spannungsverhältnis von gleichzeitig wachsender Autonomie, Atomisierung und Verarmung. Daß ein gewisses Ausmaß an Rechtsextremismus statistisch erwartbar, ein gewisser Extremismus der Mitte wahrscheinlich und politisch motiviert gewalttätige Jugendliche kriminologisch gesehen kein Grund zum Alarm sind, trifft ja alles zu. Ungewiß ist lediglich, ob diese statistisch normalen Phänomene nicht soweit zunehmen können, daß sie – wie in der deutschen Asylrechtsänderung schon einmal geschehen – zur politischen Gewalt werden. Die so „sozialdemokratisch“ heiter beginnende Transformationsperiode könnte daher ein ganz und gar ernstes, überhaupt nicht hoffnungsfrohes Ende nehmen. Le Pens Triumph in Frankreich, Pia Skjägards fulminante Erfolge in Dänemark und die richtungsweisende integrative Modernisierung der italienischen Neofaschisten deuten diesen Horizont an. Immerhin scheint die Stagnation, in die sich Haider „Freiheitliche“ begeben haben, so etwas wie eine immanente Grenze des Rechtsextremismus anzuzeigen.

*Drittens* sind jedoch bei alledem die Risiken der über die Finanzpolitik bewirkten – nicht gesteuerten – europäischen Einigung noch gar nicht mitbedacht. Daß der Euro in fast allen Ländern gegen die Mehrheit, oder nur von einer knappen Mehrheit der Bevölkerung be-

fürwortet, durchgesetzt wurde, ist bekannt. Daß er darüber hinaus keine Arbeitsplätze schaffen wird, räumen inzwischen sogar monetaristische Politiker ein. Daß das Brüsseler Rahmenwerk zusehends die klassische parlamentarische Demokratie zerstört, ist Politologen bekannt; Politiker, die dies ebenfalls wissen könnten, scheuen sich indes, es einzuräumen. Statt dessen reden sie teils bedauernd, teils freudig von stärkeren plebiszitären Elementen. Daß die Verbindung von Plebisziten und medialen Charismatikern mittelfristig auf eine weichgewaschene Form der identitären Demokratie im Sinne Carl Schmitts und dabei auf Einbußen an Liberalität hinauslaufen wird, scheinen wiederum nur die Italiener verstanden zu haben. Die von Fini geführte „Alleanza nazionale“ verzichtet nämlich allen sonstigen Konzessionen zum Trotz nicht auf das Herz ihres politischen Projekts: eine deregulierte Wirtschaft, deren Gesellschaft von einem mit quasidiktatorischen Vollmachten versehenen, vom Volk gewählten Exekutivpräsidenten regiert wird. Diese Forderung hat mehr für sich, als auf den ersten Blick ersichtlich. Tatsächlich könnte der Wunsch, der jeder Politik entzogenen Wirtschaft wieder politische Maßgaben aufzuerlegen, zu allerletzt, wenn alles andere gescheitert sein wird, in dieser schlichtesten aller Interventionsvorstellungen seine Wiederauferstehung feiern. Daß die gleichen Personen, die die Menschen politisch vor der deregulierten Wirtschaft schützen sollen, dieser erst recht nach dem Munde reden, ist ein Umstand, der wie die Erfolge der erneuerten Sozialdemokratien zeigen, nicht einmal den Namen einer Tragödie verdient. Daher ist es von beinahe zwingender Logik, daß der einzige Beitrag zum deutschen Wahlkampf, der das gegenwärtige System insgesamt und radikal in Frage stellt – Christoph Schlingensiefers Partei der Ausgegrenzten –, nichts anderes darstellt als eine in den Politzirkus übertragene Bühnenfarce.

Micha Brumlik